

Der Zoff um den Stoff

Seit Monaten wird die Debatte über den „Burkini“ geführt. Dabei spielen sich scheinheiligerweise vor allem wieder einmal Rechte und Reaktionäre als bevormundende "Frauenbefreier" auf. Die Kontrolle über Frauen auch bei und durch Bekleidung ist nichts Neues und gibt es bis heute. Aber echte Frauenbefreiung geht Hand in Hand mit sozialen Rechten.

Seite 2

Italien: Krise von Banken & Politik

Der italienischen Bankensektor ist mit mind. 330 Millionen fauler Kredite in der Krise. Die wirtschaftliche Krise vertieft die politische Krise: Im Herbst lässt Premier Renzi über eine Verfassungsreform abstimmen. Giuliano Brunetti schlägt die Verstaatlichung der Banken ohne Kompensation sowie unter Kontrolle der Beschäftigten und kleinen SparerInnen vor.

Seite 12

Schwerpunkt

USA steht vor der Wahl zwischen Pest und Colera. Das Ende des amerikanischen Traums erschüttert das gesamte System und stellt die Frage nach einer echten politischen Alternative.

Seiten 7-10



Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

VORWÄRTS SLP)

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 252 | 10.16

Jetzt für höhere Löhne kämpfen!

Die Wirtschaftskrise ist noch lange nicht vorbei. Die Arbeitslosigkeit steigt. In der Industrie und in anderen Bereichen drohen Schließungen. Dazu kommen weitere Angriffe auf unseren Lebensstandard. Die Unternehmen wollen wieder Arbeitszeitflexibilisierung gegen Lohnerhöhung tauschen. Und kriegen dafür Unterstützung von den etablierten Parteien. Wir müssen uns daher selbst wehren.

Ab Herbst werden wieder die Erhöhungen der Löhne und Gehälter verhandelt. Jede und Jeder kann da was tun. Zu Recht sind viele von uns wütend über

ge Gewerkschaft. Machen wir der Gewerkschaftsspitze klar, dass wir bereit sind, aktiv etwas zu tun. Machen wir gemeinsam Druck. Fordern wir unsere Betriebsräte auf, gemeinsam eine Versammlung im Betrieb zu organisieren. Dort sollten die wichtigsten Forderungen für die Verhandlungen beschlossen werden. Bleiben wir dabei nicht stehen: wir können Flugblattaktionen und Kundgebungen vor dem Betrieb oder an öffentlichen Plätzen organisieren. Während der Verhandlungen können wir Plakate oder Transparente mit Forderungen aufhängen.



Die kommende KV-Runde nutzen, um für eine deutliche Erhöhung unserer Einkommen aktiv zu werden!

die niedrigen Abschlüsse der letzten Jahre. Schreib das gemeinsam mit deinen KollegInnen per Mail, Brief oder Unterschriftenliste an deine zuständige

gen und KundInnen/KlientInnen informieren.

Von 27. bis 29. Oktober gibt es "Aufbruch" Aktionsstage unter dem Motto: "Wir können uns die Rei-

chen nicht mehr leisten". Diese Aktionstage können Beschäftigte nutzen, um mehr Dynamik in die KV-Verhandlungen zu bringen, z.B. im Sozialbereich.

Die Streikbewegung 2003, der Metallerstreik 2011 und andere Anlässe haben gezeigt, dass der ÖGB und Fachgewerkschaften kämpfen können. Immer hat eine große Mehrheit der KollegInnen die Aktionen aktiv un-

terstützt. Das wäre auch jetzt so! Mit einer bundesweiten Betriebsräten- und AktivistInnenkonferenz könnte der ÖGB Druck machen. Um tatsächlich ein "Einkommen zum Auskommen" zu erkämpfen, braucht es mehr: ein gemeinsamer Aktions- und Streiktag im November kann ein erster Höhepunkt in einem heißen Herbst sein.

Michael Gehmacher

Die SLP steht für:

► **Aktiv:** Mit Aktionen im Betrieb und auf der Straße echte Erhöhungen erkämpfen.

► **Demokratisch:** Die Betroffenen auf Betriebsversammlungen informieren und in Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse abstimmen.

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Seit mehreren Monaten schon ist Österreich de facto ohne BundespräsidentIn. Und ich bin wohl nicht allein mit dem Gefühl: Diesbezüglich geht mir echt nichts ab! Auf salbungsvolle Worte zu Neujahr kann ich ebenso verzichten wie auf Wirtschaftsdelegationen inklusive präsidaler Begleitung, die Deals vereinbaren, die Beschäftigen hier wie dort Verschlechterungen bringen.

Aber das Amt des/der Bundespräsidenten/in ist nicht nur entbehrlich, sondern auch reaktionär. Es geht in der heutigen Form auf die Verfassungsreform 1929 zurück. Bürgerliche und faschistische Heimwehren wollten gezielt Parlament bzw. parlamentarische Linke schwächen. Das Amt hat weitreichende quasi-diktatorische Befugnisse: Der/die BundespräsidentIn ist Staatsoberhaupt, OberbefehlshaberIn des Bundesheers, kann den Nationalrat auflösen, die Bundesregierung entlassen und per Notverordnung

Das wär mal eine sinnvolle Kürzung!

regieren. Dieses Amt ist undemokatisch und gehört abgeschafft.

Wer hofft, ein Bundespräsident Van der Bellen könne ein Gegengewicht zu einem Kanzler Straße darstellen, ignoriert nicht nur Van der Bellens „Ich bin für alle da“-Gehabe, sondern auch die letzten Jahrzehnte. Keiner der vergangenen Bundespräsidenten hat Demokratieabbau, Sozialabbau oder Aufstieg des Rechtsextremismus auch nur gebremst. Eine Kontrolle oder Korrektur von PolitikerInnen, Landtagen, Parlament etc. wird nicht durch einen weiteren Vertreter dieser Elite gelingen. Es braucht Massenproteste, kämpferische und demokratische Gewerkschaften und eine neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. Das ist sicher mühsamer, als ein Kreuzerl am Wahltag – aber auch weit effektiver, wenn es darum geht, die Interessen der Arbeitenden und Arbeitslosen, der Armen und Alten, der Jugend, Frauen und MigrantInnen wirkungsvoll zu verteidigen. Das Amt des/der Bundespräsidenten/in aber gehört ersatzlos gestrichen.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Ein Kopftuchverbot ist nicht fortschrittlich

Das Tragen eines Kopftuches auf den Islam zu beschränken, ignoriert regionale Traditionen, praktischen Nutzen (Sand & Sonne) und dass auch bei uns bis vor Kurzem „anständige“ Frauen nicht ohne Kopfbedeckung außer Haus gingen (Queen!). Konfrontiert mit Rassismus greifen Frauen mit Migrationshintergrund verstärkt zum Kopftuch, um gegen aggressiv verlangte Anpassung aufzutreten. Von BevörterInnen des Kopf-

tuchverbotes wird oft behauptet, alle Kopftuchträgerinnen seien gezwungen, eines zu tragen. Als SozialistIn sind wir gegen ein Kopftuch- und Burkiniverbot, egal wo. Und für das Recht jedes Menschen, selber zu bestimmen, was er oder sie trägt. Das bedeutet auch, dass SozialistInnen aktiv gegen den Zwang, das Kopftuch zu tragen, eintreten und Frauen dabei helfen, sich gegen entsprechende Zwänge zu organisieren und zu wehren.



Der Zoff um den Stoff

Beginnend mit den Olympischen Spielen wird in Frankreich und auch hierzulande eine Debatte über den „Burkini“ geführt.

Alle entsprechenden Vorschriften – von Schuluniformen und „sexy“ Berufskleidung, über den Druck zur Körperhaarrasur bis zur

Hitzige Debatten über die Menge an Stoff an Frauenkörpern werden geführt – v.a. von Männern.

Dabei spielen sich scheinheiligerweise vor allem wieder einmal Rechte und Reaktionäre als bevormundende „Frauenbefreier“ auf. Es ist dieselbe Ecke, aus der wir sonst zu hören kriegen, wir seien selbst schuld an einer Vergewaltigung, weil der Rock zu kurz war. Die Kontrolle über Frauen auch bei und durch Bekleidung ist nichts Neues und gibt es bis heute.

Ganzkörperschleierung – sind eine Bevormundung. Was die betroffenen Frauen dazu sagen, interessiert keine, die uns bestimmte Bekleidungsvorschriften machen wollen, in der Regel ohnehin nicht.

Bei der aktuellen Burkini-Debatte geht es um Rassismus und nicht um Frauenrechte. Wird eine Frau freier, weil ihr nun wer anderer vorschreibt, was sie

Lucia Pammer und Sonja Grusch



Der Pseudofeminismus der FPÖ

Auseits der Rhetorik ist die FPÖ jene Partei, die eine faktisch frauenfeindliche Politik noch aggressiver als SPÖ und ÖVP umsetzt.

Das zeigt zum Beispiel die geplante Kürzung der FPÖ Wels für die Wohnbeihilfe für Familien, Jugendliche und Alleinerziehende. So wie die unsoziale Pensionsreform durch schwarz-blau 2000, die Frauen klar benachteiligt. FPÖlerInnen fordern schon mal die

Abschaffung von Frauenhäusern und sind gegen das Recht auf Abtreibung. Der FPÖ ist die Lebensrealität von Frauen egal, und ihre Politik trifft sozial schwächere, wie Frauen am härtesten. Und ihre rassistische Politik macht es Frauen schwerer, sich aus unterdrückenden Strukturen zu befreien. Tatsächlich tut sie also alles, um die Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen zu erhalten.



Wien: Neoliberal statt anders

Laut Finanzbericht lag der Wiener Schuldenstand Ende 2015 bei fast 5,5 Milliarden Euro und hat sich seit 2007 vervierfacht

höht. Mit 1. Jänner sind Müll, Wasser und Parkscheine dran.

Ein Großteil der Schulden ist in Schweizer Fran-

durch eingespart werden und das bei in vielen Bereichen ohnehin schon sehr dünnem Personalstand. Die Krise im Gesundheitsbe-

wer die Kosten für eine Kriege bezahlt, die nicht die Allgemeinheit verursacht hat. Und hier zeigt sich das wahre Gesicht von Rot/Grün.

Die Kosten werden ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen, AlleinerzieherInnen, Kranken und Armen durch steigende Gebühren, Sozialabbau sowie den zig tausenden Beschäftigten in und um die Gemeinde Wien umgehängt. Das ist „normale“ neoliberale Krisenbewältigung. In manchen Bereichen mag die Gemeinde Wien noch sozialer sein als andere Städte, in vielen ist sie es längst nicht mehr. Fakt bleibt, die Strategie der Stadtregierung zielt darauf ab, die wirklich Reichen nicht angreifen zu müssen.

Albert Kropf

Auch die Wiener Stadtregierung setzt zur Krisenbewältigung auf Umverteilung von unten nach oben.

FPÖ, ÖVP und Neos fordern daher weitere Privatisierungen und Sozialabbau. Stichwort: Mindestsicherung kürzen. Doch die Schulden stammen nicht aus den meistens bereits ausgelagerten Gemeindegütern. Im Gegenteil – Kanal, Wasser, Müll und Parken bringen viel Geld in die Stadtkasse. Trotzdem werden fast jährlich die Gebühren er-

ken. Seit Jahren warnen Arbeiterkammer und Verbraucherschutz vor Fremdwährungskrediten. Dass die Gemeinde sich darauf einlässt, zeigt die Perspektivenlosigkeit der Stadtregierung. Da die steigenden Einnahmen aus Gebühren nicht reichen, um Schulden und Zinsen zu bedienen, schnürt Rot/Grün ein gewaltiges Sparpaket. 10% sollen ausgabenseitig quer

reich zeigen wohin die Reise geht: Sparen auf Kosten der Allgemeinheit!

Rot/Grün versucht sich in der Finanzdebatte in ein fortschrittliches Licht zu stellen. Der Großteil der Ausgaben läge im Sozialbereich und ein Teil der Schulden stamme aus „Bewältigung“ der Wirtschaftskrise, wird vom Rathaus behauptet. Die wichtigste Frage dabei ist allerdings,

Kürzungen im längst nicht mehr roten Wien

Hinter dem Kürzel WiStA verbirgt sich der „Wiener Strukturreform- und Ausgaben-Lenkungsausschuss“. Hier sollen „Ideen“ gesammelt werden, wo in Wien „Einsparungen“ gemacht werden könnten oder sollten. Laut Stadträtin Brauner soll es „keine Denkverbote“ geben. Das bedeutet im PolitikerInnen-sprech, dass jeder Vorschlag, zu kürzen, erlaubt ist. Das Ziel sind 10 % Einsparungen.

Die ÖVP sieht ein Einsparungspotential von bis zu 1,1 Milliarden Euro, denn „man solle sich den Nebengebührenkatalog anschauen“. Das betrifft die Bezahlung von Arbeit an Sonn- und Feiertagen, unter erschwerten Bedingungen, sowie Überstunden. Also weitere Flexibilisierungen und Lohnverluste für öffentlich Beschäftigte. Die Privatwirtschaft folgt rasch. Betroffen wären z.B. KindergärtnerInnen und die Pflege.

Indem Beschäftigte (auch mit Abschlägen) in Früh-pension geschickt und diese Posten nicht nachbesetzt werden, wird Personal abgebaut. Und: MitarbeiterInnen sollen mehr Aufgaben übernehmen, also mehr Arbeit in der gleichen Zeit erledigen. Zusammengelegte Abteilungen, weniger Personal, mehr Aufgaben: wie sich das auf Wartezeiten und in überlasteten Bereichen wie Jugendamt auswirkt, kann man sich vorstellen.

Die hochbezahlten und privat versicherten „ExpertenInnen“ sehen Einsparungspotential, das sie selbst nicht trifft. In den Wiener Spitälern soll es bis 2018 um 328 weniger Stellen für ÄrztInnen geben. Schon jetzt fehlt es in den Schulen an SozialarbeiterInnen und PsychologInnen. Bauauflagen sollen reduziert werden. Mit problematischen Folgen für Sicherheit, Mietpreise, Grünzonen und soziale Durchmischung.

Der rechte Rand

Ende Oktober findet in Linz ein rechtsextrem Kongress statt. Da lohnt es sich, auch einen Blick auf die außenpolitischen Ideen der Rechten zu werfen. Weit verbreitet bei Rechtsradikalen in Westeuropa ist die wohlwollende Unterstützung des Putin-Regimes. Dessen nationalistisches, autoritäres, gewerkschaftsfeindliches Regime ist z.B. den Identitären Vorbild auch für die Umgestaltung Westeuropas. Da wundert es nicht, dass Alexander Markovics von "Russia today" als "Experte" herangezogen wurde, die österreichische Bundespräsidentschaftswahlen einem internationalen Publikum zu erklären. Ein markantes weiteres Beispiel in Österreich ist die Verbindung des FPÖ-nahen Stocker Verlages zum von Russland unterstützten "Zentrum für kontinentale Zusammenarbeit" von Jurij Kofner, der mit dem identitären Sohn des Stocker-Verlagschefs kooperiert. Auch Putin-Fan Johannes Hübler von der FPÖ wird noch einigen in Erinnerung sein, etwa dessen Tätigkeit als "Wahlbeobachter" gemeinsam mit Johann Gudenus bei Putins Referendums-Farce zur Annexion der Krim 2014. Oder Straches Teilnahme an einer Konferenz rechter Ultrareaktionisten in Russland im selben Jahr.

Ein weiteres Beispiel: Die Finanzierung von Marine le Pens Front National in Frankreich durch Millionenkredite regierungsnaher russischer Banken. Auch die AfD in Deutschland soll finanzielle Zuwendungen russischer regierungsnaher Organisationen erhalten, und die ideologische Begeisterung zahlreicher AfD-PolitikerInnen für Putins Russland ist ohnehin kein Geheimnis.

Fabian Lehr

Am 2. September beteiligten sich in Indien 150 Millionen Menschen beim vielleicht größten Streik der Geschichte. In manchen Regionen stand alles still, Millionen demonstrierten, um gegen die neuen Arbeitsgesetze der Regierung Modi zu kämpfen. Aus Angst vor Protesten hatte die Regierung schon angekündigt, den Mindestlohn zu erhöhen, doch dieser reicht immer noch nicht zum Leben. So ging es um einen anständigen Mindestlohn (für Männer wie auch Frauen), soziale Sicherung und den Stopp der Privatisierung staatlicher Infrastruktur (Eisenbahnen, Sozial- und Pensionsversicherungen). Vor allem der ge-

Frisch gekämpft ist halb gewonnen!

meinsame Kampf regulär Beschäftigter (z.B. öffentlicher Dienst) und informell Beschäftigter (Tagelöhner u.a.) erzeugte den Umfang des Streiks. Zentral waren deshalb die Forderungen nach dem Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und die Durchsetzung des Arbeitsrechtes auch in diesen Bereichen. So waren nicht nur Industrien und der öffentliche Verkehr lahmgelegt, sondern auch viele kleine Geschäfte und Massen an Servicedienstleistern blieben geschlossen. Es war nicht der erste, aber der entschlossenste Generalstreik der letzten Jahre in Indien und auch die Gewerkschaftsführung war überrascht. Versuche von der Spalte der regierungsnahen Gewerkschaft, den Streik auszusetzen, wurden von der Basis einfach ignoriert. Einschüchterungs- und Verzögerungsversuche durch Regierung und Unternehmen blieben wirkungslos. Und es ist noch nicht vorbei...

Jan Millonig



Streik der KAV-ÄrztInnen in Wien

In Wien streikten am 12.9. die ÄrztInnen des Krankenanstaltenverbundes KAV. Von 1.513 zum Dienst ein-

Das Argument „wir müssen sparen“ stimmt einfach nicht. Allein der Vermögenszuwachs des

Die zuständige Gewerkschaft Younion weigert sich aufgrund ihrer Nähe zur SPÖ-Stadtregerung, Widerstand zu organisieren und wurde am Streik dafür zu Recht angegriffen. Es wäre ihre Aufgabe, die Proteste auf PflegerInnen auszudehnen, die in den letzten Jahren teilweise noch dramatischere Verschlechterungen erleben mussten. Dass die Ärztekammer sich auf die ÄrztInnen beschränkt, ist genauso falsch, aber das war von der Standesvertretung zu erwarten.

Beschäftigte und PatientInnen müssen an der Basis aktiv werden und die Gewerkschaft durch Druck von unten dazu bringen, für unsere gemeinsamen Interessen zu

kämpfen. Wie das funktionieren kann, hat 2015 die Basisinitiative Care Revolution Wien gezeigt, die u.a. eine gemeinsame Demonstration mit ÄrztInnen organisiert hat. So konnte die Gewerkschaft dazu gebracht werden, einen Gang hoch zu schalten.

Die ÄrztInnen haben gezeigt: Streik geht auch im Spital. Auch bei den PflegerInnen gärt es - mehr Proteste sind zu erwarten. Überlastetes Personal führt dazu, dass PatientInnen nur unzureichend versorgt werden können und viel zu früh entlassen werden. Ein Streik schadet PatientInnen nicht so sehr wie ein Beibehalten des Normalzustands.

Christoph Glanninger

Gegen das Kaputtsparen des Gesundheitssystems muss der Kampf ein gemeinsamer sein.

geteilten ÄrztInnen streikten 446. An der Demonstration beteiligten sich rund 2.000 Menschen. Der Protest richtet sich gegen Kürzungen im Gesundheitssystem, konkret gegen die Einsparung von Nachtdiensten. Hintergrund ist auch das „Wiener Spitalskonzept 2030“, mit dem die Stadtregierung 28 Millionen € sparen will, während Wien wächst.

reichsten 1 % in Österreich in 33 Tagen würde reichen, um sämtliche Schulden der Stadt Wien zu begleichen. Viele Posten sind absurd hoch bezahlt: nicht amtsführende StadträtInnen (ohne Aufgabe!): 9.440€/Monat, KAV-Generaldirektor: 24.000€/Monat.

Dieses Geld wäre in der praktischen Gesundheitsversorgung besser angelegt!

Die Gewerkschaften GPA-djp und Pro-Ge sind mit der Forderung von +3% in die Herbstlohnrunde für 180.000 MetallerInnen gestartet. Eine mehr als gerechtfertigte Forderung. Die Erhöhungen der letzten Jahre waren viel zu niedrig, während die Unternehmen gleichzeitig Profite machen.

Das gilt auch für die Forderung nach Übernahme der Fahrt- und Internatskosten für Lehrlinge. Dass Unternehmen zwar für Lehrlinge Geld vom Staat

kassieren, Ausbildungskosten aber auf die KollegInnen abgewälzt werden, ist ein Skandal!

Die Unternehmerseite hat diese Forderungen bereits als „unvorstellbar“ zurückgewiesen. Sie setzen darauf, dass die Gewerkschaften sich am Ende mit weit weniger zufrieden geben und wollen außerdem weitere Arbeitszeitverlängerung bzw. Flexibilisierungen durchdrücken.

Das Aufstellen einer Forderung ist ein erster Schritt.

Zur Durchsetzung ist ein aktiver Kampf nötig. Dafür braucht es Betriebsrätekonferenzen auf bundesweiter, regionaler und lokaler Ebene. Die Belegschaften müssen durch Betriebsversammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen rasch und umfassend miteinbezogen werden. So kann Druck und Streikbereitschaft ausgebaut werden. Ein solcher kann durchaus nötig sein - und braucht zum Erfolg eine aktive Basis!

Christian Bunke

MetallerInnen: „Unvorstellbares“ erkämpfen!



Aufbruch zu Aktionen

Von 9.-10. September kamen Delegierte aus ganz Österreich zum 2. Planungstreffen von Aufbruch. Auch einige SLPlerInnen vertraten ihre lokalen Gruppen. Am ersten Tag ging es in Kleingruppen um längerfristige Perspektiven. An den Ergebnissen konnte man gut sehen, dass es einen großen Wunsch nach Aktivitäten gibt. SLPlerInnen machten darauf aufmerksam, dass man das Wiener Sparpaket als zentrales Thema aufgreifen sollte. Bei der Diskussion zu den geplanten Aktionstagen war klar, dass wir neben Aktionen, um in die Medien zu kommen auch solche machen müssen, die Leute zum Mitmachen bewegen. Von mehreren Gruppen wurden dafür politische Stadtspaziergänge vorgeschlagen.

Am zweiten Tag gab es Berichte und eine Reflexion der Strukturen. Dabei stellte sich heraus, dass das Verhältnis zwischen Regionalgruppen und Themengruppen noch nicht klar ist. Viele regionale Gruppen würden sich über Unterstützung in Form von Faktensammlungen freuen. Die eingekommenen Anträge warfen zwar wichtige Fragen auf, wurden aber kontrovers diskutiert und zum Teil wieder zurückgezogen. Die OG-Wahlprojekt brachte einen Antrag ein, der einen Diskussionsfahrplan bis Mai/Juni 2017 fixierte. Ob dieser

Thomas Hauer

Termin zu kurz oder lang für eine Entscheidung zu einem Wahlanspruch ist, wurde heftig diskutiert. RednerInnen der SLP warfen ein, dass im Falle von frühzeitigen Neuwahlen alle AufbrecherInnen die Möglichkeit haben müssen, diese Frage mit zu entscheiden. Letztlich wurde entschieden, den Fahrplan ohne fixen Abschlusstermin anzunehmen.

Die neu gewählte Koordination ist erstmals ohne SLP-Beteiligung. SLPlerin Sonja Grusch versäumte den Einzug wegen einer Stimme. In ihren Wortbeiträgen legte sie ein Hauptaugenmerk darauf, wie Aufbruch rascher auf politische Ereignisse reagieren kann. Vor allem viele bisher unorganisierte Aufbrechende bedauerten daher auch den Nicht-Einzug. SLPlerInnen können nicht nur Ideen, sondern auch praktische Erfahrung einbringen und werden auch für die nächste Koordination wieder kandidieren.

Obwohl es bei der Strukturforschung von Aufbruch noch schleppend voran geht, drängt der Großteil der AktivistInnen auf die Straße und wird so auch bei den Aktionstagen von 27.-29. Oktober die Erfahrungen machen, die es braucht, um einen ernsthaften politischen Herausforderer aufzubauen.

Thomas Hauer



TTIP & Ceta? Sicher nicht!

Am 17.9. gingen auch in Österreich zahlreiche Menschen gegen TTIP und CETA auf die Straßen. Die SLP beteiligte sich an den Protesten in Graz, Salzburg,

Aufbruch zeigte sich bei einer ihrer ersten Demo-Auftritte gleich mit passenden Transparenten und eigenen Flyern, die die SLP natürlich verteilen half.

standard immer weiter angreifen. Unsere Ideen wurden meist sehr positiv aufgenommen: „Endlich wieder Junge, die sich engagieren!“.

20.000 Menschen gingen allein in Österreich gegen TTIP und Ceta auf die Straße - die SLP war dabei.

Linz und Wien und verkaufte insgesamt 169 Zeitungen! In Graz gab es gleich drei große Kundgebungen, in Linz waren über 3.000 Menschen auf der Straße, mehr als 2.000 demonstrierten in Salzburg. Laut OrganisatorInnen waren in Wien sogar 15.000 Menschen dabei. Bei allen Aktionen waren die SLPlerInnen mit der Initiative Aufbruch unterwegs. Auf-

Im SLP-Material riefen wir zu einer sozialistischen Alternative zu TTIP, CETA und dem Kapitalismus auf. Widerstand gegen solche Offensiven der Reichen müssen wir in der ArbeiterInnenbewegung verankern, damit er voll erfolgreich sein kann. Denn solange wir sie lassen, werden die Reichen unsere Rechte und unseren Lebens-

Mit Sprüchen wie „Was macht gegen TTIP-Dampf? Klassenkampf, Klassenkampf!“ oder aber auch „Widerstand, Widerstand - das heißt Streik im ganzen Land!“ machten wir kämpferische Stimmung. Die starke Gewerkschaftsteilnahme war großartig - nun müssen die nächsten Schritte folgen!

Moritz Bauer

Gmunden schröpft Badegäste: SLP mobilisiert dagegen

Seit 1. August werden in Gmunden ehemalige gratis Parkplätze beim Badeplatz Seebahnhof besteuert. Diese Änderung trifft insbesondere Familien und Jugendliche und dient bloß der Aufbesserung des Stadtbudgets. Die SLP-Gmunden entschloss sich, dagegen mit einer Unterschriftenaktion vorzugehen. Seit Mitte August wird fleißig gesammelt. Der überwiegende Teil der Badegäste sprach seine Frustration darüber aus,

dass man diesen Badeplatz nun weniger intensiv nutzen kann. Viele wollen aktiv etwas dagegen unternehmen. Unser Vorschlag, dass die luxuriösen Zweitwohnungen auf dieser Seite des Traunsees besteuert werden sollten, weil diese Leute das nötige Geld haben, stieß auf regen Zuspruch. Am 20. September fand das erste AktivistInnen-Treffen statt, um für weiteren Widerstand zu mobilisieren.

Stefan Brandl

Termin des Monats



250 Ausgaben Vorwärts, 35 Jahre Aktivität des CWI in Österreich - Das gehört gefeiert! Mit Musik, Verpflegung, politischem Programm und allem, was dazugehört. Wir wollen gemeinsam mit LeserInnen, AktivistInnen und allen, die mit uns täglich in Kämpfen stehen, zurückblicken und uns für kommende Herausforderungen vorbereiten.

5.11., ab 17⁰⁰ Uhr
Wien 10 - Gudrunstraße 135
(Nähe U1 Keplerplatz)

5. November

Der Kabarettist Roland Düringer betritt die Bretter der Politik und gründet eine eigene Partei. Mag sein, dass die politische Landschaft nach dem unfreiwillig komischen Frank Strohach und dem esoterisch Bäume umarmenden Matthias Strolz um eine weitere amüsante Figur reicher ist. Doch Düringer ist neben seiner Skurrilität v.a. Ausdruck eines verschreckten Kleinbürgertums, das angesichts der Krise Angst um die Zukunft bekommt. Ist Düringer links? Oder rechts? Oder endlich die Überwindung von beidem? Männchen! Er spricht viele reale Probleme an: die Abgehobenheit der etablierten Politik, den Frust

Rote Seitenblicke

über „die da oben“, die Ablehnung einer völligen Entfremdung von der Arbeit, die Übermacht des Finanzkapitals, die ungesunden Folgen der Lebensmittelmultis. Doch außer einer dumpfen Angst und einem lauten „nicht mit mir“ hat er keine Antworten zu bieten. Und zeigt damit, was mit frustrierten KleinbürgerInnen geschieht, wenn es keine starke ArbeiterInnenbewegung gibt, die auf alle diese Fragen Antworten hat. Wenn eine ernsthafte Kapitalismuskritik der Gewerkschaften fehlt, bleibt obskure Kritik der Finanzwirtschaft. Und damit die Gefahr eines Brückenschlages nach rechts. Gäbe es eine starke linke Kraft, die aktiv eine neue ArbeiterInnenpartei aufbaut und Teil und treibende Kraft in sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen ist, dann könnte ein Düringer den Hinterholz 8 Opfern in eine solche Partei helfen. Fehlt diese, bleiben nur die frustrierten Benzinbrüder, die über kurz oder lang ihr Heil in rechten Erklärungsmustern suchen.



Kann Geld alleine fußballspielen?

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie: ausgerechnet im Rahmen der Europa League darf Rapids neues Stadion nach UEFA-Richtlinien nicht „Allianz-Sta-

Spiel Geschäftskontakte aufbauen, erweitern und pflegen“, verspricht die Rapid-Website.

Federführend dabei ist Geschäftsführer Chris-

such bei Rapid muss für alle Gesellschaftsschichten leistbar sein“, heißt es auf der Homepage www.weststadion.at: „Wir wollen ein deutliches Zeichen

der Betreibergesellschaft und der Strafversetzung in die 4. Spielklasse, sicherten sich die Fans über den „Rangers Supporters Trust“ möglichst viele Vereinsanteile und damit ein Mitspracherecht. Aktuell spielen die Rangers wieder in der 1. Liga und stehen auf Platz 5. Oder der englische FC Portsmouth: Nachdem vom Besitzer zweimal Konkurs angemeldet wurde, übernahmen die Fans den Klub zur Gänze. Seit September 2014 schuldenfrei, spielen die „Pompeys“ in der zweiten englischen Liga um den Aufstieg in die Premier League.

Vor diesem Hintergrund kann die Kampagne „Weststadion“ vielleicht der Anpfiff zu einem echten Match sein. Hopapau!

Alexander Svojko

Beim SK Rapid schreitet die Kommerzialisierung voran. Die Fans wehren sich gegen den Ausverkauf.

dion“ heißen. Der „Arbeiterverein“ aus Wien-Hütteldorf ist dennoch längst im „Big Business“ angekommen. So sind die obersten vier Ebenen des Stadions finanzstarken VIPs und Unternehmen vorbehalten. Besonders nobel: die 40 Business-Logen, die sich für je € 65.900 / Saison mieten lassen. „In dieser gemütlichen Atmosphäre lassen sich vor, während und nach einem

toph Peschek; als ehemaliger Landtagsabgeordneter und ÖGB-Funktionär verfügt er über beste Kontakte zur Rathaus-SPÖ, die er auch weidlich nutzt.

Den Fans freilich stößt all das zunehmend sauer auf. Unter dem Logo „Weststadion“ führen sie eine Kampagne gegen den Namen „Allianz-Stadion“, wie auch gegen Preissteigerungen und Elitenbildung: „Der Stadionbe-

gegen die Kommerzialisierung des Fußballs und die Abhängigkeit von großen Geldgebern setzen und damit der zunehmenden Verwirtschaftlichung des Volkssports Fußball entgegen wirken.“

Aktionen der Fans können diese Kommerzialisierung nicht verhindern, aber verlangsamen. Etwa beim 54-fachen schottischen Meister Glasgow Rangers: nach der Pleite

Gemeinsam kämpfen hilft gegen Einsamkeit

Das zweite Soloalbum „Swimmers in the Arctic Sea (SITAS)“ von Laura Rafetseder, Aktivistin bei der SLP, ist inspiriert von der Angst, die wir angesichts einer unsicherer werdenden Welt mit Kriegsgefahr und steigender Arbeitslosigkeit jeden Tag fühlen.

In Zeiten der kapitalistischen Krise scheinen Entfremdung und Entsolidarisierung um sich zu greifen. Der Kampf ums Überleben wird här-

ter. Es gibt keine Sicherheiten mehr, an die man sich klammern kann. „Es ist unser Auftrag als KünstlerInnen, den Finger drauf zu legen und zu sagen, was da ist“, so Rafetseder.

Besonders „Beating Hearts“ ist ein Aufruf zur Solidarität, denn nur durch gemeinsames Kämpfen können wir Isolation und Einsamkeit überwinden. „Hostile Shore“ wiederum ist Lauras Beitrag zur Flüchtlingskrise.

Das es nichts hilft, nur zu Hause zu sitzen und sich das Album anzuhören ist logisch, doch wer es hört, wird von den Texten aus dem Bett geworfen und verspürt den Drang, etwas gegen das uns unterdrückende kapitalistische System zu machen. SITAS ist inspiriert davon, dass wir uns von unseren Kneien erheben und den ganzen Kuchen verlangen. Wir sind nämlich nicht allein – wir können uns organisieren.

Sarah Krenn



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Die USA im Umbruch

Mit „Yes we can!“ hatte Barack Obama in seinem Wahlkampf 2008 Begeisterung erzeugt. Doch von dieser Phrase lässt sich schon lange niemand mehr begeistern. Immer mehr Menschen in den USA verlieren das Vertrauen in das Establishment, seine Parteien, die Demokraten und Republikaner, und in das kapitalistische System an sich. Laut Umfragen misstrauen 32% der Bevölke-

ner Studie sind Studierende heute so politisch aktiv und linksgerichtet wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Diese Generation hat Rezession mitgemacht, den Irak-Krieg miterlebt, ist mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert und wird einen niedrigeren Lebensstandard als ihre Eltern haben.

Im Zuge dieser gesellschaftlichen Radikalisierung nach links kommt

Polizeigewalt und Racial Profiling. Auf regelmäßiger Basis können immer wieder tausende Menschen mobilisiert werden und im Gegensatz zu früheren BürgerInnenrechtsbewegungen grenzen sich die meisten AktivistInnen klar von der Demokratischen Partei ab. Aber auch zum Thema Umweltschutz gibt es große Bewegungen. Im Moment beteiligen sich Tausende an Pro-

finden. Ihre bisherigen politischen Vertretungen, die zwei großen Parteien, erweisen sich als zunehmend unfähig, stabile Herrschaft in instabilen Zeiten zu garantieren. Donald Trump ist das beste Beispiel. Er gewann die Nominierung der Republikaner aufgrund des sehr schlechten Zustandes der Partei. Sein populistisches Auftreten spricht viele an, die von der konzernfreundlichen Poli-

teien befinden sich in tiefen Krisen und schaffen es nicht einmal, ihre Parteitage ohne Skandale über die Bühne zu bringen. Zu Recht haben immer mehr Menschen die Nase voll von ihnen. Eine Umfrage aus dem Jahr 2014 zeigt, dass sich bereits 58% aller AmerikanerInnen für eine dritte Partei aussprechen. Dieser Trend wird noch weiter steigen.

Einige, die ursprünglich Sanders unterstützt haben, werden sich dem scheinbar kleineren Übel Clinton beugen. Manche werden sogar Trump wählen, um ihrer Wut über das Establishment Ausdruck zu verleihen. Doch für viele war die Erfahrung von Sanders‘ Ausverkauf eine wichtige Lehre: Es braucht eine unabhängige, sozialistische Kraft. Die momentanen Klassenkämpfe bringen immer mehr Menschen linke und sozialistische Ideen näher und können ein wichtiger Schritt in Richtung einer solchen Partei sein.

Nicolas Prettner

Die USA erleben im Moment die größten sozialen und gesellschaftlichen Kämpfe seit den 1960ern.

rung dem Supreme Court, dem höchsten Gericht in den USA. 51% aller Jugendlicher lehnen den Kapitalismus ab und 33% davon sprechen sich sogar für Sozialismus aus. Woher kommt das?

Von der herbeigeschriebenen wirtschaftlichen Erholung merkt ein Großteil der Bevölkerung nichts. Im Gegenteil: die sozialen und gesellschaftlichen Probleme nehmen zu. Laut ei-

es in vielen Bereichen vermehrt zu Protestbewegungen. Die LGBTQ-Bewegung setzt sich im Kampf um das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehe in immer mehr Staaten durch. Der Kampf um einen \$15 Mindestlohn konnte schon eine Reihe an Erfolgen erzielen, nachdem in Seattle der Durchbruch gelang. „Black Lives Matter“ kämpft gegen Rassismus,

testen gegen die Dakota Access Pipeline, ein Bauprojekt, das die Wasserversorgung von Millionen Menschen bedroht. In den letzten Monaten gab es eine Reihe kämpferischer Streiks, etwa beim Mobilfunkanbieter Verizon oder bei den LehrerInnen in Chicago.

Hinzu kommt noch, dass sich die Herrschenden in einer massiven Krise be-

tik genug haben. Doch das ändert nichts daran, dass er der unpopulärste Präsidentschaftskandidat aller Zeiten ist – und Hillary Clinton ist am zweiten Platz. Die Wut auf das Establishment und seine Parteien zeigte sich auch in der Kampagne von Bernie Sanders, der sich selbst als Sozialist bezeichnete und zur politischen Revolution gegen das sogenannte „obere 1%“ aufrief. Beide Par-

Vermögensverteilung in den USA

Die reichsten 10% der Bevölkerung besitzen 70% des gesamten Vermögens.
Die ärmsten 80% besitzen davon lediglich 7%.



Quellen: Harvard Magazine, Managermagazin

Armut in den Vereinigten Staaten

Gefängnisse statt Soziales:

Der Gefängnisapparat der USA kostet jährlich 80 Milliarden Dollar, jede Hinrichtung absurde 24 Millionen Dollar - dieses Geld fehlt im Sozialbereich, im Bildungswesen und bei der Schaffung neuer Jobs.. Die USA haben mit 706 Inhaftierten auf 100.000 EinwohnerInnen die höchste Gefangenensrate weltweit (Österreich: 98 auf 100.000). Dafür kommen auf 10.000 EinwohnerInnen nur 31 Spitalsbetten (Österreich: 78). Insgesamt befindet sich jeder 45. AmerikanerIn entweder im Gefängnis oder auf Bewährung.

Rassismus:

12,6 % der schwarzen Bevölkerung gelten als arbeitslos - hingegen nur 6,6 % der Weißen. Dafür sind ca. 4.400 von 100.000 farbigen Männern hinter Gittern, ca. 1.800 von 100.000 Latinos und nur ca. 700 von 100.000 Weißen. Im Durchschnitt verdienen AfroamerikanerInnen in den USA 30-40% weniger als Weiße im selben Job. Dafür werden sie überproportional oft von der Polizei schikaniert und erschossen.

KrankenverUNsicherung:

Das US-amerikanische Gesundheitssystem ist pro Kopf pro Jahr doppelt so teuer wie das deutsche Gesundheitssystem

(7.536 \$ bzw. 3.692 \$). Der Sektor ist nach wie vor stark privat organisiert. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Kosten verzehnfacht. Dennoch sind 45,7 Millionen Menschen in den USA NICHT krankenversichert bzw. können keine staatliche Hilfe beanspruchen.

Reichtum – Armut:

2012 gab es in den USA 3,4 Millionen MillionärInnen und knapp 2.000 MilliardärInnen, während rund jedeR sechste AmerikanerIn unterhalb der Armutsgrenze (9.000 € / Jahr - in Österreich: 14.000 € / Jahr) lebt. Besonders schwer trifft es AfroamerikanerInnen (27,4 %) und die hispanische Bevölkerung (26,6 %). Am stärksten ist die Armutgefährdung für Jugendliche.

Walmart:

Arm trotz ArbeitDer größte Arbeitgeber in den USA, Walmart, hat USA-weit 2,2 Millionen Beschäftigte, von denen ein großer Teil wegen der geringen Entlohnung nicht ohne öffentliche Zuschüsse auskommt. Das Einstiegsgehalt liegt knapp über dem Mindestlohn und der Stundenlohn macht nur 43% des Durchschnittslohnes aus!

Quellen: Der Spiegel, Welt.de, Wikipedia, FAZ, Manager-Magazin, Presse, Die Zeit, Harvardmagazine, Statista, Kurier, WHO

Das Ende des amerikanischen Traums

Erinnert sich noch jemand an die erfolgreiche Sitcom „Hör mal, wer da hämmert“? Darin spielt Tim Allen einen tollpatschigen Heimwerker, der mit seiner Musterfamilie in seinem Musterhaus in der Industriemetropole Detroit lebt. Die Allens leben, wie so viele

nen im goldenen Käfig hält der Realität nicht stand: In den letzten 100 Jahren gab es in jedem Jahrzehnt massive soziale Bewegungen - von den militanten Streiks der 1930er über die Bürgerrechtsbewegung, die Antikriegsbewegung und die Frauenrechtsbewegung in

Haus, Auto, Job – immer mehr US-AmerikanerInnen können davon tatsächlich nur mehr träumen.

Fernsehfamilien, den amerikanischen Traum: Haus, Auto(s), Familie, Sicherheit, Freiheit, und das alles eingebettet in eine endlos boomende Wirtschaft, in der es jeder und jede schaffen kann. Tatsächlich hievten der Nachkriegsboom und die imperialistische Vormachtstellung Teile der US-ArbeiterInnenklasse auf einen vergleichsweise hohen Lebensstandard. „Wenn du deinen ersten Lohnzettel von Steel and Tube in der Hand hastest, konntest du in die Stadt gehen und dir einen Kühlschrank kaufen und alles, was du wolltest - du konntest überall anschreiben lassen“, meint Granison Trimiar, ein schwarzer Stahlarbeiter, über die Zeit um 1968 in George Packers Reportage „Die Abwicklung“.

Das galt natürlich nie für alle. Für große Teile der US-ArbeiterInnenklasse, v.a. Frauen und Nicht-Weiße, war der amerikanische Traum nie erreichbar. Und der Mythos der zufriedenen US-AmerikanerIn-

Arbeitsbedingungen und Lohndruck. „Die Mechanisierung der Industrie erzeugt einen relativen Bevölkerungsüberschuss, der für die Beschäftigung zu den für diese neuen Massenberufe charakteristischen niedrigen Lohnsätzen zur Verfügung steht“, schrieb damals der Fabrikarbeiter und revolutionäre Sozialist Harry Braverman in seinem Buch „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess“.

An die Stelle der gut bezahlten Industriejobs traten also neue, schlecht bezahlte Massenberufe in weniger mechanisierten Sektoren wie im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel. Die wirtschaftliche und soziale Struktur der USA begann sich grundsätzlich zu ändern. Aus dem Herzland der Industrie, das sich im Osten von Philadelphia über New York bis in den Norden nach Detroit erstreckte, wurde der „Rust Belt“ („Rostgürtel“). In den 1990ern, als Tim Allen in Detroit hämmert, ist die Stadt bereits längst am absteigenden Ast. Lebten dort 1950 noch 1,8 Millionen Menschen, sind es jetzt nur noch knapp 700.000. 2014 reichte Detroit Konkurs ein.

Der Niedergang der US-Industrie und die neoliberalen Wende durch Carter und Reagan bedeuteten das endgültige Aus des amerikanischen Traums als Massenideologie. Ein Haus mit Garten, früher nach ein paar Jahren Arbeit als Alleinverdiener leistbar, wurde nur mehr durch Aufnahme von Krediten und mindestens zwei Einkommensquellen möglich. Auf allen Ebenen wurde dereguliert. Arbeits-



losigkeit, Kriminalität und Drogenmissbrauch stiegen massiv an. Das spiegelte sich auch in der „Traumfabrik“ Hollywood wider: Das Kino in den 1980er Jahren wurde merklich düsterer, an die Stelle des optimistischen Blicks in die Zukunft traten die düsteren Zukunftsszenarien von „Blade Runner“ und „Mad Max“.

Der Trend setzte sich in den 1990er Jahren fort. Im Zuge des „Krieges gegen Drogen“ wurde vor allem die schwarze Bevölkerung Ziel einer gigantischen Welle an Gewalt und Repression.

Das Ende des amerikanischen Traums ist der Beginn einer Periode der Rebellion.

Die durch die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung geährte Hoffnung, Schwarze könnten in diesem System ihrer Unterdrückung entkommen, wurde brutal zerstört.

Natürlich gelang es den Herrschenden immer wieder, die inneren Widersprüche zu kaschieren und sozialen Zusammenhalt zu beschwören. Die Anschläge des 11. September 2001 nützte die Bush-Regierung, um eine Welle des Patriotismus loszutreten. Doch als Bush im Zuge von Hurricane Katrina 2005 über 1800 Menschen in New Orleans sterben ließ und die Folgen des Irakkriegs sichtbar wurden, war es damit auch wieder vorbei.

Die verheerende Krise 2007/8 eröffnete schließlich die aktuelle Periode so-

zialer Unruhen. Das Ende des Nachkriegsbooms hatte zu einer ersten Weltwirtschaftskrise in den 1970ern geführt, deren Opfer die US-Industrie wurde. Der wirtschaftliche Niedergang der USA wurde aber vorübergehend abgedeckt durch die imperialistische Politik, die Expansion des Kreditvolumens und eine riesige Immobilienblase. Dazu kam noch die Integration zuvor außerhalb des Arbeitsmarktes stehender Teile der ArbeiterInnenklasse wie Frauen in neue, niedrige-Lohn-Massenberufe. Doch genau diese Entwicklungen

Heute sind mehr Schwarze in Gefängnisse gesperrt als 1850 versklavt waren. Auch sind mehr Menschen denn je vom Wahlrecht ausgeschlossen: Denn um zu wählen, braucht man einen Ausweis und einen festen Wohnsitz – und das haben Millionen US-AmerikanerInnen, die z.B. in den Wohnwagensiedlungen außerhalb der Städte leben müssen, nicht.

Enttäuscht von Obama und wütend über die Politik im Sinne der Banken und Konzerne, sahen beim Ausbruch der Occupy-Bewegung 2010 Millionen Menschen zum ersten Mal, dass sie mit ihrer Wut nicht alleine waren. Seither kommt das Land nicht zur Ruhe: NiedriglohnarbeiterInnen kämpfen für einen \$15 Mindestlohn, Schwarze gegen Polizeigewalt und Rassismus, UmweltaktivistInnen gegen ökologische Zerstörung und vieles mehr.

Vor allem Jugendliche beginnen nun, andere Träume zu träumen. In einer aktuellen Protestwelle boykottieren sogar immer mehr das Aufstehen zur Nationalhymne. Die, die nichts mehr kennen als Niedriglohn-jobs, Schulden und Polizeigewalt. Die, die von Obama enttäuscht und dadurch radikaliert wurden, die aus den Erfahrungen mit Occupy gelernt haben, sich zu organisieren. Die, die sich nun in Umfragen mehrheitlich gegen den Kapitalismus aussprechen und für sozialistische Ideen interessieren – Sie können die Träume von einer Welt ohne Ausbeutung und Armut Wirklichkeit werden lassen.

Sebastian Kugler



Marx aktuell

Bereits in der Zwischenkriegszeit prägte das Fehlen einer ArbeiterInnen-Massenpartei Gesellschaft und Politik in den USA. In Europa hatten sich um und nach 1900 in Europa ihrem Kern nach ArbeiterInnen-Parteien mit (klein)bürgerlichen Führungen entwickelt. In den USA existieren trotz radikaler ArbeiterInnenbewegung bis heute zwei Hauptparteien, die beide eindeutig sowohl bürgerliche Basis als auch Führung und Zielsetzungen haben. In sklavischer Unterordnung oder als Feigenblatt der „Demokratischen Partei“ findet sich seitdem jedoch ein Teil der ArbeiterInnen- und Gewerkschafts-Bewegung. Bis zum heutigen Tag müssen sich kämpferische GewerkschafterInnen sowie AktivistInnen sozialer und antirassistischer Bewegungen für die Selbstverständlichkeit rechtfertigen, dass sie nicht am Gängelband einer pro-kapitalistischen Partei hängen wollen.

USA: Den Zwei-Parteien-Zirkus verlassen

Doch Mitte der 30er ging es rund in Gewerkschaften und Politik. Der Revolutionär Leo Trotzki formulierte 1938 im „Übergangsprogramm“: „Die beispiellose Streikwelle mit Fabrikbesetzungen und das erstaunlich rasche Wachstum der Industriegewerkschaften in den USA sind der deutlichste Ausdruck des instinktiven Strebens der amerikanischen Arbeiter, sich auf die Höhe der Aufgaben zu erheben, die Ihnen die Geschichte auferlegt hat.“

Parallel dazu fand die Gründung der Socialist Workers Party als US-Sektion der „Vierten Internationale“ statt. Wirtschaft und politisches System lagen in schweren Krämpfen. Bedeutende Teile der ArbeiterInnen waren offen für revolutionäre Ideen. Letztlich aber retteten Weltkrieg und Aufstieg zur führenden imperialistischen Macht den US-Kapitalismus.

Blicken wir nun auf die diesjährige Präsidentschaftswahl: Bernie Sanders hat bis zu seinem unrhühmlichen Schwenk zur Unterstützung Clintons Millionen von Menschen Hoffnung auf eine Alternative geboten. Dieser Prozess setzt sich nun in der Kampagne Jill Steins fort. Aber droht hier nicht ein „großes Übel“ (Trump), wenn man nicht das „kleinere Übel“ (Clinton) unterstützt? Diese Unlogik hat die US-ArbeiterInnenstadt genau in den Sumpf geführt, in dem sie jetzt steckt.

Unter Präsident Obama (Demokrat) ging die Schere zwischen Arm und Reich weiter auf. Dass Trump verrückt scheint (oder es sogar ist), ändert nichts daran, dass unter Hillary Clinton wie bisher das „reiche Amerika“ herrschen würde. Die rassistisch durchsetzte Polizei wird weiterhin Schwarze erschießen und die imperialistischen Verbrechen der US-Militärmaschinerie werden global weitergehen.

Kapital und Bürgertum haben die Auswahl: Sowohl „Republikaner“ als auch „Demokraten“ sind Bollwerke gegen nachhaltige soziale Veränderungen und die Infrastruktur des Kapitalismus. Es ist dabei völlig unerheblich, wie sehr DemokratInnen ab und an „links blinken“ oder dass es auch Reibungsflächen zwischen den Parteien gibt.

Wenn auch nicht im Ausmaß der 1930er, so nehmen heute Zahl und Bedeutung unabhängiger Kämpfe von arbeitenden und unterdrückten Menschen zu. Um die vielschichtige ArbeiterInnen-Klasse zusammenzuführen und für einen „system change“ zu mobilisieren, sind der Bruch mit dem Zwei-Parteien-Zirkus und die Bildung einer unabhängigen ArbeiterInnen-Partei unabdingbar.

Franz Neuhold



Gibt es keine Kampfpartei, müssen wir sie gründen

„Socialist Alternative“ (SA) ist die Schwesterpartei der SLP in den USA und wurde in den letzten Jahren zu einer der bedeutendsten linken Kräfte und spielt in vielen Bewegungen eine zentrale Rolle. Dank einer marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen gelingt es, Perspektiven von Bewegungen einzuschätzen und die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Der US-Kapitalismus ist diskreditiert, auf der Suche nach sozialistischen Antworten finden viele das CWI.

Breiten Schichten wurde SA bekannt, als Kshama Sawant 2013 als erste Sozialistin seit Jahrzehnten in den Stadtrat von Seattle gewählt wurde. 2011 begann die „Occupy“-Bewegung, auf die Straßen zu mobilisieren und zentrale Plätze zu besetzen. Der Slogan „Wir sind die 99%“ politisierte eine neue Generation von AktivistInnen. SA erkannte, dass mit dem Schwung der Bewegung das Zweiparteiensystem von Republikanern und Demokraten aufgebrochen werden kann. Sie rief dazu auf, bei Wahlen im ganzen Land 200 Occupy-KandidatInnen gegen Privatisierungen, Kürzungspolitik, Rassismus und Umweltzerstörung aufzustellen. In Verbindung mit der Kampagne für einen Mindestlohn von \$15 für alle und getragen von 450 unbezahlten, überzeugten AktivistInnen, gelang so in Seattle der Einzug in den Stadtrat. Das Amt wird seither genutzt, um Bewegungen von ArbeitInnen und Jugendlichen eine politische Stimme zu

winnen. SA erklärte aber von Beginn an, dass die Herrschenden alles versuchen werden, um Verbesserungen rückgängig zu machen; dass starke Gewerkschaften und eine breite ArbeiterInnenpartei notwendig sind, um sie zu verteidigen; dass der Kapitalismus und seine Krisen zu immer härteren Angriffen auf den Lebensstandard und die Rechte von

ArbeitInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen, Frauen, Schwarzen und anderen ethnischen Minderheiten führen – und dass es deshalb notwendig ist, eine revolutionäre, sozialistische Partei aufzubauen, um dieses System zu stürzen. Auch wenn die konkreten Vorstellungen davon, was darunter zu verstehen ist durchaus unterschiedliche sind, so sympathisieren doch viele mit dem Begriff „Sozialismus“. Es gibt eine Basis für den Aufbau einer breiten, sozialistischen Bewegung in der nächsten Periode, vor allem unter StudentInnen und Jugendlichen. Mit der Gründung von „Socialist Students“ durch SA

gibt es nun an vielen Universitäten wöchentliche Treffen und Diskussionen.

Mit Bernie Sanders bekam bei den Vorwahlen ein Kandidat, der sich als Sozialist bezeichnet, bei Unter-30-Jährigen mehr Stimmen als Clinton und Trump zusammen! Hunderttausende AktivistInnen des Kampfes für einen \$15 Mindestlohn, Black Lives Matter sowie UmweltaktivistInnen und GewerkschafterInnen wurden in Sanders‘ Kampagne aktiv. SA war sich der eng begrenzten Möglichkeiten einer linken Bewegung innerhalb der Demokratischen Partei bewusst, sah aber auch das Potential von Sanders‘ Kampagne voraus und organisierte über die unabhängige Plattform „Movement4Bernie“ unzählige Straßenaktionen und Diskussionen.

Ohne Illusionen in Sanders zu schüren, stand SA dadurch Seite an Seite mit vielen AktivistInnen, die von seiner Kampagne angezogen wurden. Sanders kehrte nach seiner Niederlage bei den Vorwahlen der Bewegung den Rücken und unterstützt jetzt Clinton. Doch hunderte enttäuschte und wütende „Sandernistas“ kommen nun zu den „Beyond Bernie“ Treffen von SA,

um zu diskutieren, wie die „politische Revolution gegen die Klasse der MilliardärInnen“ fortgesetzt und eine unabhängige Partei der „99%“ aufgebaut werden kann. Viele AktivistInnen der Bewegung konnte SA durch eine bewusste Intervention in die Sanders-Kampagne für den Aufbau einer revolutionären Partei gewinnen. Gestärkt durch neue AktivistInnen ist SA in praktisch allen sozialen Bewegungen in den USA aktiv: Vom Allina-Pflege-Streik in Minnesota bis zu den Protesten gegen eine für die Umwelt verheerende Öl-Pipeline durch das Gebiet der Standing-Rock-Sioux-Reservate in North Dakota.

„Wenn wir in eine Bewegung intervenieren, tun wir das nicht, um einfach nur Teil davon zu sein. Wir haben ein Konzept davon, was nötig sein wird, um einen Sieg zu erreichen. Intervieren heißt, einen aktiven, bewussten Zugang dazu zu haben, wie sozialistische Ideen und Strategien eingebracht werden können, um der ArbeiterInnenklasse dabei zu helfen, ihre Kämpfe weiterzuentwickeln“, bringt es Teddy Shibabaw, Aktivist aus Madison, auf den Punkt.

Flo Klabacher

1 Jahr Flüchtlingshilfe: Helfen reicht nicht

Viele Menschen, die letztes Jahr mit der Motivation „zu helfen“ in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich aktiv wurden, haben schon lange das Handtuch geworfen. Eine Bekannte sagte letztes Jahr zu mir: „Weisst du, die, die helfen wollen, sind fast immer da. So wie ich und ich kann nicht mehr!“ Ich selbst konnte nach einem Monat neben meinem Job auch nicht mehr. Ich hatte meine Grenzen erreicht. In solchen oder ähnlichen Situationen steckten viele HelferInnen. Ein Freund von mir ist am Linzer Bahnhof nach der ehrenamtlichen Hilfe auch hauptberuflich eingestellt worden. Diese hauptberufliche Tätigkeit war, wie er mir berichtete, für SchichtleiterInnen und DolmetscherInnen gedacht. Die restlichen Arbeiten wurden weiterhin von ehrenamtlichen HelferInnen übernommen. Nachdem die Arbeit am Bahnhof eingestellt worden ist, war nur wenigen eine Anstellung vorbehalten. Er erzählte mir, dass diese Arbeit die erste war, die ihm Freude bereitete und er auch genügend verdiente. Mittlerweile ist er arbeitslos.

Die Möglichkeiten, hauptberuflich in diesem Bereich tätig zu werden sind begrenzt und ehren-

amtliche HelferInnen, die es letztes Jahr viele gab, sind doch um einiges weniger geworden. Der Staat versucht nach wie vor, alles auf kostenfreie HelferInnen abzuwälzen, statt professionelle Arbeitsplätze dafür zu schaffen. Ein Prinzip, das auf Sand gebaut ist. Denn so kann und wird das auf Dauer nicht funktionieren. Der anfängliche Elan, zu helfen, ist am Schwinden und vielen geht der lange Atem, der dafür nötig ist, aus.

Ich war letztes Jahr bei einem Vernetzungstreffen für HelferInnen und bei der Großdemo „Lichter für Menschlichkeit“ in Linz dabei. Hier wurde großteils an die Menschlichkeit appelliert, anstatt auch politische Forderungen und Lösungswege zu diskutieren, wie wir eine so große Solidaritätswelle auch politisch nutzen hätten können, um ausreichend staatliche Hilfe zu erreichen. Gerade auch bei manchen OrganisatorInnen fehlt ein politischer Zugang und Ideen, wie diese Problematik längerfristig zu bewältigen wäre. Es ist notwendig, das Bewusstsein zu fördern, dass Helfen alleine nicht genug ist und dass z.B. bei Firmen und Superreichen genug Geld da ist, um Flüchtlingen zu helfen, ohne dass die HelferInnen dabei völlig ausbrennen.

Petra Oirer

Graz wird Nr. 1...

...als Stadt mit den meisten Verböten. Schon bisher galt in der Innenstadt ein Alkoholverbot. Mit der Stadtwache wurde ein Repressionsinstrument gegen unerwünschte Individuen geschaffen. Nun soll auch im Bezirk Lend der öffentliche Konsum von Alkohol verboten werden.

ÖVP, SPÖ und FPÖ nennen die WidersacherInnen auch beim Namen: „Lärmende Nachtschwärmer“, „Obdachlose“ und „BettlerInnen“ seien nicht nur



Bildung: „Freude“ inklusive

Seit September 2015 befindet sich mich in der Lehre zum Maschinenbautechniker im Metall-

Azubis haben zwar eine lange Anfahrt, müssen aber weit draußen parken.

Kurs mehrmals Körperverletzung androhte. Weder von AusbildnerInnen noch von der Administration bekomme ich dabei wirkliche Hilfe, da es sie nicht interessiert.

Viele von uns sind völlig unterfordert, da wir etliche Stunden ohne Unterricht zubringen müssen und die Lehrkräfte nicht besonders gut ausgebildet sind. Die Zeit könnte z.B. für den Besuch anderer Betriebe oder zur Vermittlung des Lernstoffes genutzt werden. Um die Statistik schön zu halten, besteht trotzdem Anwesenheitspflicht bis zum Ende. Was dieser Einrichtung an Leistungsdruck fehlt, macht sie durch Langeweile und Apathie wieder wett.

Ausbildung für Jugendliche: Gute Ausbildung, soziale Kompetenz, Parkplätze? Da liegst du falsch!

zentrum Attnang-Puchheim des BFI. Obwohl die Einrichtung sich auf ÖBB-Gelände befindet, werden BFI- und ÖBB-Lehrlinge getrennt. Das geht so weit, dass im selben Gebäude Türen verschlossen und Trennwände aufgestellt sind. Parkplätze gibt es nur für Administration und TrainerInnen. Wir BFI-

Viele der TrainerInnen scheinen wenig soziale Kompetenz zu besitzen, aber dafür ein Alkoholproblem. Fälle von Sexismus von deren Seite, wie z.B. das Geben von Küschen an eine Auszubildende, obwohl diese das nicht will, kommen auch vor. Ich habe schon länger einen Konflikt mit einem aus meiner Gruppe, da er mir bereits im

Entzauberter des Monats Christian Kern



Als Kern Kanzler wurde, erhofften viele einen Richtungswechsel. Die Realität jenseits des Hypes sieht anders aus: Er verteidigt den mörderischen Flüchtlings-Deal mit dem türkischen Regime, bezieht sich positiv auf Orbans Grenzpolitik und hält der FPÖ die Tür offen. Wer solche „Linken“ hat, braucht keine Rechten.

Moritz Erkl



Italien: Krise von Banken & Politik

Die Wirtschaft der EU wird von einem weiteren Krisenherd ins Wanken gebracht: dem italienischen Bankensektor. Die Mailänder Börse verlor innerhalb eines Tages 12,5% ihres Wertes. Die Schuld dafür liegt weder bei der britischen noch bei der italienischen ArbeiterInnenklasse, sondern im kapitalistischen System selbst.

zu wenig Sicherheiten für das Großkapital.
Der italienische Bankensektor selbst ist krank und verfault. In ihm stecken mind. 330 Millionen faule Kredite. Das entspricht mehr als 20% des italienischen BIP. Das ist ein ernstes Problem für den gesamten europäischen Kapitalismus. Denn die italienischen Banken sind international verflochten: Die Unicredit

politischen Krise aus: Im November/Dezember lässt Premier Renzi über eine Verfassungsreform abstimmen. Die aktuelle Verfassung ist unattraktiv für das Großkapital, da sie Überbleibsel der Verfassung von 1948 beinhaltet, die stark von der Kommunistischen Partei und dem Widerstand gegen den Faschismus geprägt war. Das Referendum wird polarisieren und ei-

sionistInnen), ruft zu einem Nein beim Referendum auf. Allerdings mobilisiert sie kaum. Es herrscht die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm. Die italienische ArbeiterInnenbewegung durchlebt eine schwierige Phase der Reorganisierung. Sie steht nach dem Niedergang der Refundazione Communista (PRC) ohne Partei da. Die Linke ist von der politischen Landschaft de facto verschwunden. Das wird sich mit zunehmendem Klassenkampf ändern – weil die Menschen nach Antworten auf die politische und wirtschaftliche Krise suchen werden.

Im Moment drückt sich die Wut über die Regierung und ihre Politik hauptsächlich auf der Wahlebene aus – in der 5-Sterne-Bewegung (M5S) und der Zunahme von NichtwählerInnen. Aber M5S ist gefangen in seinen Widersprüchen und seinem unklaren Klassencharakter – sie stützt sich auf eine allgemeine Ablehnung des Establishments, aber ohne klare politische Perspektive. In Rom steht sie vor Schwierigkeiten: – nach ihrem Wahltriumph war sie nicht fähig, eine Stadtregierung zu bilden. Noch gibt es große Hoffnungen in M5S, doch sie können diese nicht erfüllen und die herrschende Klasse versucht außerdem, sie auf jede erdenkliche Art zu diskreditieren. Umfra-

gen deuten an, dass im Falle von Neuwahlen M5S stärkste Partei werden könnte. Die herrschende Klasse möchte eine Regierung mit M5S vermeiden, könnte aber gezwungen sein, sie in eine Regierung zu holen und dann darauf zu setzen, einzuschreiten, um das „von ihnen verursachte Chaos zu reparieren“. Die unvermeidliche Enttäuschung der Hoffnungen in M5S wird neuen Raum eröffnen für Kräfte, die mit einem Programm der Mobilisierung gegen die Regierung, das Banksystem und die große Industrie das Bewusstsein aufgreifen können.

Die Bankenkrise verstärkt die politische Krise noch weiter – um so dringender ist eine linke Alternative.

Die Weltwirtschaft war schon davor in labilem Zustand und hatte die Krise 2008 nie wirklich überwunden. Die italienische Bankenkrise ist Ausdruck davon. Die Kursverluste des Bankensektors spiegeln die Einschätzung der Bourgeoisie über den Zustand der Realwirtschaft wider. Und die ist angesichts des Stagnierens von Produktion und Konsum sowie der Krise des internationalen Handels eine negative. Seit 2008 hat Italien mehr als 9,1% seines BIP verloren und ein Viertel seines industriellen Output. In dieser Situation bedeuten die reduzierten Wachstumsaussichten für 2016 (von 1% auf 0,8%)

Gruppe z.B. kontrolliert seit 2005 mehrheitlich die Bank Austria. Weder Unicredit noch Monte dei Paschi di Siena (MPS), zwei der fünf größten Banken in Italien, haben den Bankenstress- test bestanden. Die Regierung überlegt, einzugreifen und MPS zu rekapitalisieren. Doch eine derartige Intervention wäre Staatshilfe, die nach EU Recht verboten ist. Immer schneller dreht sich das Karussell von Bankenkrise, EU-Krise und genereller Instabilität. Zusammen mit steigender Arbeitslosigkeit produziert das einen potentiell explosiven Mix, der für den italienischen Kapitalismus nicht zu managen ist.

Die wirtschaftliche Krise drückt sich auch in einer

ne Möglichkeit für die Bevölkerung sein, ihre Ablehnung der neoliberalen Politik der Regierung auszudrücken. Eine mögliche Niederlage Renzis in dieser Befragung könnte die Regierung weiter schwächen und das gesamte politische Establishment diskreditieren. Die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen in einer Zeit von Unsicherheit und Instabilität wächst damit.

Die Gewerkschaften sind zwischen der Verbindung ihrer Führung zur Renzi-Regierung und der Verpflichtung ihren Mitgliedern gegenüber zerrissen. Die CGIL, die mehr als fünf Millionen Mitglieder hat (die Mehrheit davon Pen-

ControCorrente (CWI in Italien) schlägt vor, die ArbeiterInnenklasse, PensionistInnen und die Mittelschichten, die von den Banken stranguliert werden, um ein Programm zu versammeln, das die Verstaatlichung der Banken ohne Kompensation sowie unter Kontrolle der Beschäftigten und kleinen SpenderInnen nach vorne stellt. Nur so können wir die kolossalen Ressourcen befreien, die in den Safes der privaten Banken liegen und sie nutzen, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.

Guiliano Brunetti

ControCorrente

www.associaconecontrocorrente.org

Südafrika: Die Krise des ANC

Bei den Kommunalwahlen am 3. August erlitt der regierende African National Congress (ANC) eine historische Niederlage. Mit 54,5% und dem Verlust der BürgermeisterInnen in den drei wichtigen städtischen Zentren Johannesburg, Tshwane und Nelson Mandela Bay an die ehemalige Apartheidspartei Democratic Alliance (DA) fuhr er das schlechteste Ergebnis seit dem Ende der Apartheid 1994 ein.

Dies ist das Ergebnis seiner neoliberalen und korrupten Politik. 16 Millionen Menschen müssen von weniger als 1,2 Euro/Tag leben. Der ANC hat das Vertrauen unter ArbeiterInnen in großem Maße verspielt. Doch die DA ist ebenso neoliberal wie der ANC. In allen drei Städten wurden ihre Kandidaten mit den Stimmen der linkspopulistisch agierenden Economic Freedom Fighters (EFF) zu Bürgermeistern gewählt. Auch die EFF wollen lediglich ein Stück des Kuchens der Herrschenden und werden daher auch von der ArbeiterInnenklasse nicht wirklich als Vertretung angesehen.

Jedoch würden 53 % die Gründung einer ArbeiterInnenpartei unterstützen. Die ArbeiterInnenklasse ist enorm kampfbereit. Im September führten z.B. die Reinigungskräfte in Nelson

Mandela Bay ihren zweiten Streik v.a. gegen ausbleibende Löhne und Zulagenkürzungen durch. An den Unis finden landesweit Versammlungen der outgesourceten ArbeiterInnen statt, um weitere Kampfmaßnahmen für eine direkte Anstellung und einen Mindestlohn von ca. 620 Euro (10.000 Rand) zu beschließen. Die Chance, eine neue ArbeiterInnenpartei aufzubauen wurde bis jetzt aber vor allem von der Führung der MetallarbeiterInnengewerkschaft NUMSA verpasst. Zwar sprach sich NUMSA 2013 für den Aufbau einer ArbeiterInnenpartei aus. Doch danach verzögerte die Führung immer wieder ernsthafte Schritte in diese Richtung. Die Schwesterpartei der SLP, die Workers and Socialist Party WASP kämpft nach wie vor für eine ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. Eine solche kann die vielen Kämpfe in den verschiedenen Bereichen, wie bei den Bergleuten, im Bildungsbereich etc. verbinden und mit den Bewegungen für eine bessere Versorgung mit der lebensnotwendigen Infrastruktur in den Nachbarschaften zusammenbringen. Dies wäre ein entscheidender Schritt gegen die Politik der Herrschenden und die kapitalistische Ausbeutung. **Lukas Kastner**

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Klage gegen Aktivistin

Die australische Transportfirma MTR hat Sally Mei Ching Tang, Socialist Action Aktivistin (CWI in Hongkong), verklagt. Die Vorwürfe sind so absurd, dass klar ist, dass aus politischen Gründen gegen die bekannte Aktivistin vorgegangen wird. Ihr wird vorgeworfen, dass sie sperriges Gepäck in der U-Bahn in Hongkong transportiert hat. Tatsächlich waren es die bei Protesten üblichen Transparenz-Stangen von ca.

150 cm Länge. Das Verbot von sperrigem Gepäck ist in Hongkong kontrovers, weil es ArbeiterInnenfamilien, die kein Auto besitzen und Sperrgut transportieren müssen, trifft. In anderen U-Bahnsystemen wird das großzügiger gehandhabt. MTR hält u.a. auch 60% an Metro Trains in Australien. Die Socialist Party (CWI in Australien) hielt daher eine Protestaktion beim Metro Hauptquartier ab.

www.chinaworker.info



Bekommt Deutschland eine FPÖ?

Bei allen Wahlen, zu denen die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland (AfD)“ derzeit antritt, räumt sie ab. Während die Partei immer weiter nach

nicht alle AfD-WählerInnen sind rassistisch, sondern wollen zeigen, wie wütend sie sind und finden so eine Möglichkeit, die Etablierten zu scho-

***Die AfD wirbelt die deutsche Politik auf, nicht aber das herrschende System.
Hier können wir sie schlagen!***

rechts geht, gelingt es ihr trotzdem, breitere Schichten anzusprechen. Praktisch alle Parteien verlieren an die AfD, besonders stark wird sie aber von bisherigen NichtwählerInnen gewählt. Viele nutzen die Rechtspopulisten, um gegen die etablierten Parteien zu protestieren. Längst

cken. Der Schock kommt aber nur bei den Parteien der Reichen an, nicht bei den Reichen selber: Die AfD, eine Partei gegen Reichensteuer und für Atomkraft, lenkt die an sich berechtigte Wut über die abgehobenen Parteien und ihre Politik auf „die Ausländer“.

Wo aber die Linkspartei sich klar von den anderen Parteien abhebt und Angebote für Widerstand auch abseits der Parlamente macht, kann sie die Wut viel besser aufgreifen. In Berlin trat im ArbeiterInnen-Bezirk Neukölln mit Sarah Moayeri eine kämpferische Kandidatin für Die Linke an. Schon mit dem Slogan „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ hob sich ihr Wahlkampf deutlich von dem der in Berlin eher lahmen Linkspartei ab. Ihre Kampagne war deutlich klassenkämpferisch und so gelang es ihr, das Ergebnis der Linken im Bezirk zu verdoppeln und die AfD weit in den Schatten stellen. So lässt sich die AfD stoppen!

Tilman M. Ruster

Hafenarbeiter-Streik

280 Beschäftigte des staatlichen alten Hafens von Montreal, Kanada sind seit 27. Mai im Streik. Sie fordern einen 15-Dollar Mindestlohn und Krankengeld für alle HafenarbeiterInnen. Es ist einer der ersten Streiks in Kanada für den 15-Dollar Mindestlohn. 40% der dortigen Beschäftigten verdienen weniger als 15 Dollar, der Einstiegslohn beträgt 10,67 Dollar. Socialist Alternative (CWI in Kanada) unterstützt den Streik und

hat Solidaritätsaktionen organisiert. U.a. fanden solche auch im englischsprachigen Teil von Kanada statt (Toronto und Vancouver). In der jährlichen Labour Day Parade in Toronto, bei der 25.000 Menschen demonstrierten, verteilten AktivistInnen Flugblätter, um den Streik bekannt zu machen und sammelten Unterschriften und Protestnoten an Premier Trudeau in Unterstützung des Streiks.

www.socialistalternative.ca

Prozess

Irland versucht, die Proteste gegen die Wassergebühren zu kriminalisieren. Weil dabei Vizepremier Burton für zwei Stunden in seinem Auto festgehalten wurde, müssen mehrere AktivistInnen, darunter ein 17-jähriger sowie Socialist Party (CWI in Irland) Abgeordneter Paul Murphy, vor Gericht. Auch gegen die drohende Strafe von „lebenslänglich“ organisierten mehrere CWI Sektionen im September Solidaritätsproteste.

www.socialistparty.ie



Verbot von „Ausländer“-Demos?

Nachdem es im August zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen kurdischen AktivistInnen und türkischen NationalistInnen kam, wurde eine Debatte über ein Demonstrationsverbot von „Türkendemos“ losge-

mnonstrationen von Menschen mit Migrationshintergrund müssen genauso wie rechte Demonstrationen von ÖsterreicherInnen mit Gegendemonstrationen gekontert werden, die sich gegen jeden Rassismus und für inter-

keine Rechte. Davon ist eine Million Menschen, die hier leben und arbeiten betroffen, in Wien sind es sogar 21% der Bevölkerung.

Doch auch auf anderen Ebenen wird MigrantInnen die politische Teilha-

nomen oder Steine in den Weg gelegt, aktiver Teil dieser Gesellschaft zu sein, ihre Rechte wahrzunehmen und/oder für sie zu kämpfen. Im Versammlungsgesetz § 8. steht sogar ausdrücklich: „Ausländer dürfen weder

Innen als MigrantInnen, also rassistisch, angegriffen werden, müssen österreichische Linke sie unterstützen. Doch das bedeutet nicht, sich mit reaktionären migrantischen Strömungen gegen den herrschenden Rassismus zu solidarisieren.

Menschen mit Migrationshintergrund sind, im Gegensatz zu dem, was uns die Politik weismachen will, nicht in erster Linie „MigrantInnen“. Sie sind Bekannte, KollegInnen und NachbarInnen von österreichischen ArbeiterInnen – Klassenbrüder und -Schwestern. Wir müssen für gleiche Rechte kämpfen, die erkämpften Rechte gemeinsam verteidigen und für weitere aktiv sein. Nur so kann es gelingen, eine Linke aufzubauen, die die ArbeiterInnenklasse in diesem Land in all ihrer ethnischen Vielfalt repräsentiert und verteidigt. Und nur so kann der Einfluss von rechtsextremen, fundamentalistischen und reaktionären Ideen in den verschiedenen Teilen der ArbeiterInnenklasse wirkungsvoll bekämpft werden.

Ein Verbot von „Ausländer“-Demos ist nur ein Schritt beim Demokratieabbau, der alle trifft.

treten. Die ganze Diskussion wird auf rassistischem Boden geführt. Denn es geht dabei nicht um die politischen Inhalte, sondern alleine um die Herkunft der Menschen, die auf die Straße gehen. Nicht nur die FPÖ, sondern die gesamte etablierte Politik von Kanzler Kern abwärts machte klar, dass sie politische Aktionen von MigrantInnen verhindern möchte.

Wenn Erdogan-AnhängerInnen gemeinsam mit türkischen FaschistInnen durch die Straßen Wiens ziehen und kurdische Lokale und Vereine angreifen, sind das keine harmlosen Vorfälle. Doch denjenigen, die nun nach Verböten schreien, geht es nicht um das Zurückdrängen reaktionärer Strömungen. Rechte De-

nationale Solidarität positionieren. Die ersten Rufe nach Verböten richteten sich in den letzten Jahren schon gegen linke Demonstrationen von KurdInnen. Die, die Verbote von „Türkendemos“ fordern, nehmen jeden beliebigen Vorfall zum Anlass, um Minderheiten Grundrechte zu entziehen. Eine Durchsetzung von Demonstrationsverböten für Menschen mit Migrationshintergrund würde somit vor allem die Linke treffen – und der verstärkte institutionelle Rassismus würde Erdogan und anderen Reaktionären noch mehr Nährboden bereiten.

Bereits jetzt haben Menschen ohne österreichischen Pass auf der Wahlebene (außer als EU-BürgerIn auf Bezirksebene)

be verwehrt: Arbeitslosigkeit trifft MigrantInnen besonders hart. Der ÖGB hat es Jahrzehnte lang versäumt, mehrsprachiges Material zu produzieren und Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache zu organisieren. Schlimmer noch, der Wiener AK-Präsident Werner Muhs redet Anfang des Jahres davon, dass der Arbeitsmarkt mit einer „Notfallsklausel“ vor Einwanderung „geschützt“ werden müsse. Es sind die Niedriglohn-Sektoren und Berufe mit prekären Arbeitsverhältnissen, in denen vor allem MigrantInnen arbeiten – und die am wenigsten von Gewerkschaften organisiert werden.

MigrantInnen wird auf allen Ebenen das Recht ge-

als Veranstalter noch als Ordner oder Leiter einer Versammlung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten auftreten.“ Da ist es kein Wunder, wenn sich Betroffene primär über Entwicklungen in ihren Herkunfts ländern oder denen ihrer Eltern politisieren. So eine Politisierung kann in verschiedene Richtungen funktionieren und kann auch zu einem wirkungsvollen Hebel werden, internationale Solidarität mit Kämpfen z.B. in der Türkei aufzubauen und gleichzeitig von Rassismus Betroffene zu verstärken, für ihre Rechte zu kämpfen.

Menschen passen nicht in Schubladen, und MigrantInnen sind alles andere als eine einheitliche Gruppe. Wenn Migran-

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Die Frage, ob linke Parteien Koalitionsregierungen mit pro-kapitalistischen Parteien bilden sollen, wird heiß debattiert. Im Kölner Papy-Rossa-Verlag ist dazu nun ein bemerkenswerter Sammelband erschienen,

Regenwürmer statt Goldschätze: Neues Buch zum Thema „Die Linke und das Regieren“

nen, der das Thema aus historischer, grundsätzlicher, internationaler und aktueller Perspektive behandelt. 24 AutorInnen behandeln diese Frage in 28 Texten. Der Titel bezieht sich auf ein Zitat Rosa Luxemburgs, welche – wiederum Goethe aufgreifend – die Zustimmung der Badener Sozialdemokratie zum

Gleiss und Redler sind im Parteivorstand, Höger Bundestagsabgeordneter, Stanicic ist Bundesvorsitzender der SAV (Schwestergesellschaft der SLP).

Im Vorwort schreiben die HerausgeberInnen, dass unter Parteilinken „nicht selten mit 'taktischen Überlegungen' argumentiert (wird), wenn es um die Frage geht, wie

Landshaushalt im Jahr 1910 kritisierte. Herausgegeben wurde der Band von Thies Gleiss, Inge Höger, Lucy Redler und Sascha Stanicic. Alle vier sind aktive Mitglieder der Partei DIE LINKE in Deutschland.

Rechtsextremen Kongress stoppen!

Der geplante rechtsextreme Kongress ist für die Menschen in Linz eine ernsthafte Gefahr!

Am 29. Oktober treffen sich VertreterInnen von FPÖ und AfD mit Burschenschaftlern und FaschistInnen wie den Identitären in den Redoutensälen in Linz. Sie reden von „Verteidigung“ und „Rückeroberung“. Passend dazu brüsten sich Identitäre & Co. mit ihren Waffen. Es soll eines der größten rechten Vernetzungstreffen Europas werden und ReferentInnen und TeilnehmerInnen sind brandgefährlich. Im Umfeld solcher Veranstaltun-

gen kommt es stets zu gewalttätigen Übergriffen durch Schlägernazis.

Die SLP und das Bündnis Linz gegen Rechts mobilisieren dagegen. Bei Aktionen vor Schulen, auf der Landstraße und gegen die FPÖ verteilen wir tausende Flugblätter. Beim Kampf gegen die rechte Gefahr müssen auch immer die sozialen Probleme angesprochen werden, die es den Rechten leichter machen, ihre Propaganda zu verbreiten. Forderungen nach höheren Löhnen,

Arbeitszeitverkürzung und billigeren Wohnungen sind daher auch Teil der Kampagne. Positive Reaktionen seitens SchülerInnen, PassantInnen und ArbeiterInnen lassen nicht auf sich warten. Viele neue AktivistInnen beteiligen sich z.B. bei der Gestaltung eines neuen Transparantes oder weiteren Aktionen auf der Straße.

Schützen wir uns vor der Rechten, verhindern wir den Kongress, werde auch du mit uns aktiv!

Alec Jakolic



Protest gegen TTIP und Ceta

Mehr auf Seite 5

**Kampagne gegen rechtsextremen Kongress
in Linz | 29. Oktober**

Wir protestieren gegen rechte Hetze!

Kein Platz für FPÖ, AfD und "Identitäre"!

Mobilisieren wir gemeinsam für die Demo am 29.10.!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,
- kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.